Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter" erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition: Leipzig, Zeitzer Straße 32, IV., Volkshaus. Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 50 Pfg. für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter" ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 49. Sonnabend, den 7. Dezember 1918. 22. Jahrgang.

Agitiert, stärkt den Verband!

In Zeichen der siegreichen Revolution gewinnt nun ebenfalls der Organisationsgedanke neuen Boden. Von überall, aus allen Industrien wird ein lebhafter Zustrom der Arbeiter zu ihrer Berufsorganisation gemeldet.

Jetzt hat die Revolution die Schlafenden erweckt, an einem großen Beispiel ist gezeigt, was vereinte Kraft vermag, wie so der einheitliche Wille über alle Hindernisse hinweg an das ersehnte Ziel gelangen kann. Entschlossenheit zum größten Opfer, machte die deutsche Arbeiterklasse zu Herren der Situation, so siegte sie über die gewaltige Militärmacht; das setzte sie in den Stand, überall das rote Banner der Freiheit und Menschenliebe aufzupflanzen.

Mit dem politischen Sieg des Proletariats hebt eine neue Epoche an. Als stärkster und zahlreichster Volksteil zur Macht gelangt, wird es diese anwenden, auch den letzten Rest von Unfreiheit und Ungleichheit wegzutilgen, um eine Ordnung aufzurichten, unter der sich glücklich leben, die Anteilnahme an allen Kulturerungenschaften ermöglichen läßt.

Die alten Machtverhältnisse lösen sich auf, die Arbeit wird zum rettenden und beherrschenden Faktor; es ist die Organisation, auf der die neue Ordnung sich aufrichtet. Man begreift den Wert der Organisation und die Ohnmacht des Alleinstehens, daher also der Zudrang zu den Gewerkschaften. Gleichzeitig tauchen überall neue Organisationen auf. Die in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten schließen sich zusammen, im Eisenbahn-, Post- und Telegraphendienst, im gesamten Erwerbsleben wird mit großen Erfolgen vorgegangen, Vereinigungen zur Vertretung wirtschaftlicher und politischer Interessen ins Leben zu rufen. Das Koalitionsrecht ist frei für alle Schichten der Bevölkerung, Behörden und Kapitalisten können ihren früheren, das Recht beschränkenden Einfluß nicht mehr ausüben.

Durch die Revolution sind die Fesseln der politischen Ungleichheit und Unfreiheit gesprengt, nun gilt es für die Arbeiter auch zu wirtschaftlicher Macht zu gelangen, wirtschaftliche Vorteile zu erringen. Mit der Einführung des Achtstundentages ist zwar viel, aber noch nicht alles erreicht. Es muß eine der Arbeitszeitverkürzung entsprechende Lohnregulierung vorgenommen werden, in den Betrieben ist hinzuwirken auf die Einhaltung der wieder in Kraft getretenen Bestimmungen über den Arbeiterschutz; durch den festen gewerkschaftlichen Zusammenschluß allein werden die Arbeiter sich diejenige Position verschaffen, die den Unternehmer zwingt, ihre berechtigten Wünsche zu berücksichtigen.

Es kommt nicht darauf an, daß der einzelne günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen für sich selbst erzielt, sondern es muß die wirtschaftliche Lage des Arbeiters als Klasse gehoben werden. Durch ihren Zusammenschluß stellen die Arbeiter ein Ganzes dar, und es ist klar, daß je enger dieser Zusammenschluß, um so kräftiger und nachhaltiger sein Wirken sein muß. Die durch den politischen Umsturz zur Macht gelangten Arbeiter bedürfen dringend der Einigkeit, damit ihnen die Errungenschaften niemals wieder entrissen werden können, sie müssen aber auch trachten, wirtschaftlich ihre Kraft zu steigern, um den hervorragenden Platz auszufüllen, auf den sie durch die Zeitereignisse gestellt sind.

In der Steinindustrie werden wir einen scharfen Kampf führen müssen, um all die erzielten Neuerungen durchführen zu können. Die Steinindustriellen sind bekanntlich gegen jede Neuerung, oder sie finden sich erst dann mit denselben ab, wenn es nicht mehr anders geht. Bei Regelung von Lohnfragen wird stets und ständig die Konkurrenz der „Anderen" vorgeschützt. Um dieses unwürdige Schauspiel zu beseitigen, ist es unsere heiligste Pflicht, alles daran zu setzen, dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands neue Mitglieder zuzuführen. Ueber 2000 brave Kollegen haben wir auf dem Schlachtfelde verloren, wir müssen unverzüglich diese Lücken ausfüllen und darüber weiter hinaus dem Verband neue Kämpfer zuführen.

In den Zahlstellen muß unverzüglich ein lebhaftes Versammlungsleben einsetzen, den Feldgrauen ist Rechenschaft abzulegen, was der Verband während des Krieges geleistet hat.

In den Steinbrüchen scheint ein reger Geschäftsgang einzusetzen, so daß dadurch die Agitationsarbeit eine Erleichterung erfährt. Die Wahlen zur Nationalversammlung und zu den Gemeindevertretungen stehen bevor, so daß auch in politischer Hinsicht das gesamte deutsche Volk aufgerüttelt wird. Daraus müssen wir für unseren Verband ebenfalls Nutzen ziehen und die Agitationsarbeit auf das höchste steigern.

Für ein einheitliches Deutschland!

Die deutsche Revolution, die das Reich aus den Fesseln des Gottesgnadentums, des Militarismus und der Bureaukratie befreit hat, ist in Gefahr, den Zusammenhalt des Reiches zu sprengen. Der bundesstaatliche Charakter des Reiches löste die Revolution in eine Reihe von Sonderrevolutionen auf, deren Früchte die Errichtung einzelstaatlicher Volksregierungen und Republiken wurden. So stark der großdeutsche Gedanke auch rege blieb und so begeistert der Anschluß Deutschösterreichs an die Deutsche Republik begrüßt wurde, so hinderte dieses Deutschbewußtsein doch nicht die Erstrebung von Absplitterungen und die Schaffung neuer Bundesrepubliken. So plant man im Norden die Losreißung der preußischen Nordseegebiete und deren Vereinigung mit Hamburg, Bremen und Oldenburg zu einer Sonderrepublik. Ein Teil der Hannoveraner möchte sich gleichfalls separieren und ihren welfischen Traum unter der republikanischen Freiheitsmütze weiterträumen. Auch in Rheinland hat die Abneigung gegen Preußen ähnliche Bestrebungen ausgelöst. Die Separationsgelüste der von polnisch sprechender Bevölkerung durchsetzten östlichen Landesteile scheinen es bei der Losreißung von Preußen nicht bewenden lassen zu wollen, sondern auf die Parole „Los vom Reiche" und auf den Zusammenschluß mit dem polnischen Staat hinzusteuern. Auch in Deutschösterreich machen sich solche Selbständigkeitsideen unter dem Rufe „Los von Wien" bemerkbar, so in Tirol, von dem sich wieder das kleine Vorarlberg separieren will.

Bei diesen Zersplitterungsversuchen wirkt nicht allein der neue völkerrechtliche Grundsätze der Autonomie der Nationen als unklare Reflexion mit, sondern vor allem die Abneigung der Randländer gegen die Zentrale des Reiches. War diese Abneigung unter dem monarchischen System durch die Herrschsucht des zentralisierten Militarismus und der Bureaukratie genährt worden, so ist diese Wurzel des Uebels heute beseitigt. Die Zentralgewalt im Reiche ist auf ein Minimum gesunken, die kaum noch den Namen Zentralregierung verdient. Es wird überall in allen Landesteilen, ja selbst in allen Gemeinden ziemlich selbständig und vielfach gegeneinander regiert und in manchen Bezirken ist die Verwirrung über die Abgrenzung der maßgebenden Gewalten besonders groß. Auch steht es heute so, daß man sich weder im Süden, noch im Norden, im Osten oder Westen von Berlin besonders imponieren läßt, und jeder Tag bringt Proteste und Drohungen gegen die Reichszentrale, die deren reale Gewalt ziemlich zweifelhaft erscheinen lassen.

Mehr als die Herrschaft der Zentrale treibt die Furcht der Außengebiete vor dem Radikalismus, der sich in der Reichshauptstadt geltend macht, zu solchen Sonderbestrebungen. In Berlin hat jede Revolutionsströmung für sich allein so viel Anhänger, daß sie glaubt, auf eigene Faust operieren zu können, und alle auch gegeneinander arbeiten. Dabei fehlt es nicht an Ueberbietungen im Radikalismus, begleitet von kraftbewußten Drohungen und revolutionären Machtversuchen, sich durchzusetzen. In Berlin verschwinden solche Erscheinungen fast vollständig und werden von den Massen wenig ernst genommen. In der Presse aber, die getreulich über alle diese Vorgänge in sensationeller Aufmachung berichtet, erscheinen sie bedeutend vergrößert und als furchtbarste Gefahr und wirken draußen so abschreckend, daß dadurch ein neuer Partikularismus gemäßigter Republikaner großgezogen wird. Die einen befürchten von einer zu radikalen Zentralregierung zu tiefe Eingriffe in die Produktion, die anderen solche in das Eigentum, dritte fürchten Eingriffe in die Ordnung des religiösen Lebens und wieder andere Vergewaltigungen ihrer nationalen Aspirationen.

Am meisten ist diese Stimmung genährt worden durch die Abneigung des radikalen Flügels der Sozialdemokratie gegenüber einer baldigen Einberufung der Nationalversammlung, die von der Zentralregierung am ersten Tage feierlich zugesagt worden ist, aber später in dem Berliner Arbeiter- und Soldatenrat unverhohlenen Bedenken begegnete. **Die Nationalversammlungswahlen sind nun von der Reichsleitung auf den 16. Februar 1919 anberaumt worden.**

Die gemäßigten Sozialisten halten die Einberufung der Nationalversammlung für das nächste und dringlichste Erfordernis, um überhaupt erst einmal eine anerkannte Zentralgewalt im Reiche zu schaffen und allen Maßnahmen derselben eine zweifelsfreie legislative Grundlage zu geben, um Macht in geltendes Recht umzuwandeln. Sie erwarten aber auch von der Nationalversammlung eine Ordnung der neuen Rechtsverhältnisse und eine Organisation der dieser entsprechenden Verwaltung, die das Geschaffene wirklich in das wirkliche Leben überführt.

Der Streit um die baldige Einberufung der Nationalversammlung hat aber noch einen anderen, ungleich ernsten Hintergrund: es handelt sich um die Sicherung eines baldigen Friedensschlusses, an dem alle Volkskreise in gleichem Maße ein vitales Interesse haben. Leider muß befürchtet werden, daß die Alliierten den Friedensschluß mit Deutschland abhängig machen von dem Vorhandensein einer anerkannten Rechtsgewalt, die dafür volle Gewähr bietet, daß das gesamte Volk die Friedensbedingungen übernimmt. Daher wird jedes Sträuben gegen die Abtretung der legislativen Gewalt an die Nationalversammlung in weiten Kreisen des Volkes als eine Gefahr für den Frieden bewertet, woraus sich das Drängen nach allgemeinen Wahlen und die Voreingenommenheit gegen die jetzige ausübende Gewalt zur Genüge erklären dürfte.

Solange sich diese Strömungen des revolutionären Volkes im Rahmen des einheitlichen Deutschland bewegten, konnte man ihnen mit jener Gelassenheit zusehen, die alle Heilung von der Zeit und den praktischen Bedürfnissen des Lebens erwartet. Aber heute ist es bereits so weit, daß diese Strömungen den Rahmen des Reichs zu sprengen drohen. Es sind nicht mehr die polnisch bevölkerten Landesteile Preußens allein, die nach außen drängen, sondern auch in Süd- und Westdeutschland machen sich Loslösungsbestrebungen geltend, die den Weiterbestand des Deutschen Reiches gefährden. Diese Bestrebungen sind um so bedenklicher, als sie zweifellos von den alliierten Mächten insgeheim gefördert werden und deren Interessen entsprechen. Ein selbständiges Rheinland und ein selbständiges Süddeutschland würden eine stärkere Machtverringerung des künftigen Deutschland bedeuten, sowohl in strategischer, wie in wirtschaftlicher Hinsicht, und diese Staaten würden sich leicht gegen den deutschen Rumpfstaat ausspielen lassen.

Umgekehrt wären die Nachteile einer Absplitterung dieser Landesteile vom Reich für das letztere so große, daß alles aufgeboten werden muß, um sie zu verhindern. Mit dem Rheinland ginge dem Reich ein großer Teil seiner Kohlen-, Erz- und Textilindustrie verloren, mit Süddeutschland ein Teil seiner Lebensmittelversorgung. Daß auch die losgelösten Teile bei der Abtrennung nicht gewinnen würden, insofern beide auf den Wirtschaftszusammenhang mit dem Reiche angewiesen sind, sollte zu bedenken geben, ehe man sich zu solchem Schritte entschließt. Jedenfalls darf nichts versäumt werden, die Einheit des Reiches zu erhalten und zu sichern, und dazu erscheint die beschleunigte Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung in der Tat als das einzige wirksame Mittel, den separatistischen Strömungen den Boden zu entziehen. Es war vielleicht ein Fehler, den Deutschen Reichstag aufzulösen, ehe ein anderes Bindemittel für die deutsche Nation an seine Stelle treten konnte. Ist er aber nun beseitigt ist, so gilt es, so bald als irgendmöglich, eine legale Volksvertretung zu schaffen, die im Namen aller Stämme und Klassen des Reiches entscheiden kann.

Der Rat der Volksbeauftragten hat zunächst einmal eine Konferenz der republikanischen Regierungen des Reiches zusammenberufen, eine Art revolutionären Bundesrat, um die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen mit der Vorfrage nach der Aktionsfähigkeit der Regierung, dem politisch-nationalen Zusammenhang und die wirtschaftlichen Beziehungen der Gliedstaaten zum Reiche zu erörtern. Das war sicher durchaus zweckmäßig, um zunächst einmal Klarheit über die nächsten Gesamtbedürfnisse der deutschen Nation zu schaffen und die revolutionären Kräfte auf diese nächsten Aufgaben hinzuweisen. Aber das enthebt nicht der Pflicht, das Volk selbst ordnungsgemäß zu berufen und ihm die Entscheidung über diese Fragen vorzulegen.

Die Reichskonferenz der Bundesstaaten fand am 25. November d. J. in Berlin statt. Sie wurde nach einer Eröffnungsansprache von Ebert, in der als Ziel der Reichspolitik die Sicherung der sozialistischen Demokratie und als nächste Aufgaben der Frieden und die Sicherstellung des wirtschaftlichen Lebens bezeichnet wurden, mit Referenten von Solf über die auswärtige Lage und von Erzberger über die Waffenstillstandsverhandlungen eingeleitet. Solf verlangte, daß die Zentralgewalt keiner Kontrolle, die die Einzelstaaten nicht anerkennen, unterstellt werden dürfe, daß die Auslandsgeschäfte nur der Reichsregierung obliegen dürfen und daß für die Nationalversammlung, die nicht in Berlin, sondern an einem mehr zentralgelegenen Ort zu tagen habe, ein baldiger Termin angesetzt werden müsse. Erzberger betonte die Notwendigkeit eines baldigen Präliminarfriedens, der der Entente den Rechtstitel entziehe, in Deutschland einzurücken.

Der Vertreter Bayerns, Eisner, hielt darauf eine Rede gegen die bürgerlichen Minister, die er der Konterrevolution verdächtigte, und verlangte, eine von Hemmungen freie demokratische und soziale Politik. Ihm sekundierten die Vertreter von Gotha, Sachsen und Kautsky, während ihm die Vertreter für Anhalt und Hessen entgegentraten. Der Volksbeauftragte Barth-Berlin erklärte eine Konstituante für notwendig, wollte aber vorher ein Zentralparlament der Arbeiter- und Soldatenräte als Vorparlament berufen.

In der weiteren Debatte wandte sich die Mehrheit der baldigen Einberufung der Nationalversammlung zu, besonders nachdem der Volksbeauftragte Scheidemann dargelegt hatte, daß die angeblich technischen Schwierigkeiten für die Vorbereitung der Wahlen überhaupt nicht beständen. Auch die Darlegungen der Fachminister über die Schwierigkeiten in der Volksernährung, Demobilisierung im Wirtschaftswesen und im Finanzwesen machten tiefen Eindruck und vermehrten die praktischen Gründe für die Einberufung der Nationalversammlung.

Der Vorsitzende Ebert konnte daher am Schlusse der Reichskonferenz als deren Ergebnisse das folgende Resumee zur Annahme unterbreiten:

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme stehen geschlossen zur Deutschen Republik. Sie verpflichten sich, entschieden im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.

2. Der Berufung einer konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Absicht der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.

3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die Arbeiter- und Soldatenräte die Repräsentanten des Volkswillens.

4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf die schleunige Herbeiführung eines Präliminarfriedens hinzuarbeiten.

Außer diesen Leitsätzen wurde folgende Erklärung angenommen:

„Um das wirtschaftliche Leben Deutschlands aufrechtzuerhalten, die ungestörte Versorgung des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Ausland zu sichern und die deutsche Volksrepublik im In- und Ausland kreditfähig zu erhalten, ist das Fortarbeiten aller Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute auf der bisherigen Grundlage und in der bisherigen Form unbedingt erforderlich. In Uebereinstimmung mit den Vertretern der deutschen Einzelstaaten erklärt daher die Reichsregierung, daß jeder Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit der Kreditanstalten zu unterbleiben hat."

Die deutschen Bundesregierungen sind sich also darin einig, die Einheit des deutschen Volkes unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Es ist aber weiterhin erforderlich, daß auch die Bevölkerung der Außengebiete in gesetzlichem Sinne allen separatistischen Bestrebungen kräftig entgegenwirkt. Wir ersuchen die Arbeiterschaft, besonders in Süddeutschland und in den Rheinlanden, unverbrüchlich für die ungeschmälerte Reichseinheit einzutreten und sich durch keinerlei Versprechungen für die Begünstigung oder Duldung von Losreißungsmaßnahmen gewinnen zu lassen.

Lohnfrage und 8-Stundentag in der Steinindustrie.

Durch Reichsverordnung ist der achtstündige Arbeitstag vom 1. Januar 1919 einzuführen. Für die Republik Sachsen wurde dessen Einführung vom 25. November ab angeordnet. Somit wird für die Arbeiter in der Steinindustrie schon innerhalb 4 Wochen die Arbeitszeit eine einheitliche sein. Die Regierungsverordnungen weisen darauf hin, daß ein Lohnausfall gegen die früher länger dauernde Arbeitszeit nicht eintreten darf. In der Steinindustrie kommen bei der Beurteilung der Lohnfrage nun zwei Momente in Betracht:

1. In den Schleifereibetrieben wird im Winter mit Hilfe der Beleuchtungsmittel durchwegs 9—10 Stunden gearbeitet. Bei Einführung des 8-Stunden-Arbeitstages hat deshalb unverzüglich eine dementsprechende Lohnerhöhung einzutreten. Wie hoch in Prozenten ausgedrückt diese Erhöhung sein muß, kann von hier aus nicht ohne weiteres festgestellt werden. Die neu zu gewährende Zulage darf aber unter 20 Prozent nicht bemessen werden. Die Unternehmer sträuben sich nur, angemessene Zulagen zu gewähren, und zwar mit der Begründung: Die Verkaufspreise könnten nicht im Handumdrehen erhöht werden. Dieses Argument kann aber für die Steinarbeiter nicht ausschlaggebend sein. Die Firmen müssen eben bei der Uebernahme aller Arbeiten, die Frage wegen einer eventuellen Preiserhöhung offen lassen. Es kann doch unmöglich zugegeben werden, daß die Arbeiter in den Schleifereibetrieben wegen der Verkürzung der Arbeitszeit finanziell geschädigt werden dürfen. Die Schleifereibesitzer sagten bei der früheren Tarifverhandlungen stets: „Ja, unsere Arbeiter könnten auch im Winter täglich 9½—10 Stunden in den geheizten Werkstätten

schaften, dadurch seien sie im Vorteil gegenüber den Arbeitern in den Steinbrüchen." Nun soll auf einmal die Verkürzung der Arbeitszeit keine Lohnerhöhung bedingen? Wir erwarten, daß sich die Herren Schleifereibesitzer mit ihren Arbeitern in loyaler Weise einigen.

2. In den Steinbruchbetrieben liegt die Sache zur Zeit etwas anders, als wie unter Ziffer 1 dargelegt wurde. In den Steinbrüchen wird jetzt tatsächlich nicht länger wie 8 Stunden gearbeitet. Der Lohnausfall wird sich erst dann einstellen, wenn im Frühjahr die Arbeitszeit wieder auf die alte Höhe gebracht werden sollte. Sollte aber dennoch in den Steinbrüchen den Kollegen ein Lohnausfall unter irgend einem Vorwand zugemutet werden, so sind die Unternehmer auf das Unzulässige ihrer Handlungsweise hinzuweisen, im übrigen ist der Verbandsleitung ebenfalls zu berichten, damit von hier aus eingegriffen werden kann. Desgleichen ist den zuständigen Gauleitern Bericht zu erstatten. Wir bitten die Kollegen in den Zahlstellen zunächst selbst den Versuch zu machen, diese Frage mit zu regeln. Im Hauptbureau sind nun eine Reihe von Anfragen eingegangen, wie sich die Kollegen wegen der Lohnfrage bei der Einführung des Achtstundentages verhalten sollen. Aus vorstehenden Ausführungen dürften die Kollegen in der Lage sein, ihre Schlüsse ziehen zu können. Es wäre sicherlich auch kein Fehler gewesen, wenn es bei der Bekanntmachung der Reichsleitung allein geblieben wäre. Wo soll es hinführen, wenn jeder Bundesstaat mit einem besonderen Erlasse kommen soll.

Im übrigen sei bemerkt, daß unsere Verbandsleitung mit den steinindustriellen Verbänden in Verhandlung steht, damit diese Frage von Organisation zu Organisation einer Klärung unterzogen werden kann.

Mehr Einheitlichkeit der steinindustriellen Produkte.

Unsern Kollegen in den Hartsteinbrüchen ist der Mißstand bekannt, welcher dadurch bedingt wird, daß bei der Herstellung von Straßenbaumaterialien unendlich viele Sorten von Pflaster- und Bordsteinen verlangt werden. In den Kreisen der Unternehmer wurde schon längst anerkannt, daß hierin Abhilfe geschaffen werden müsse. Unsere Verbandsleitung hat sich nun der Sache praktisch angenommen und nachstehende Eingabe an das Reichswirtschaftsamt gelangen lassen:

Betrifft: Normalisierung steinindustrieller Produkte — Leipzig, den 6. Oktober 1918, Zeitzer Straße 32, IV.

An
das Reichswirtschaftsamt
in Berlin.

Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands (Sitz Leipzig) erlaubt sich folgendes in Vorschlag zu bringen:

Die deutsche Natursteinindustrie hat besonders nach Kriegsende einen schweren Stand, weil die Betonbauweise überhand nehmen wird, der Kunststein wird noch mehr zunehmen, desgleichen schädigt auch die Steinarbeiter die weitere zollfreie Einfuhr von Pflastersteinen aus Schweden. Die „billige Bauweise", die dieselbe aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Gründen gefördert werden muß, versetzt der Werksteinindustrie vollends den Todesstoß. Wie sich besonders während des Krieges, auch in anderen Industrien herausgestellt hat, wurde in Deutschland auf eine Normalisierung gewisser Erzeugnisse nicht die genügende Rücksicht genommen. Nach Meinung der organisierten Steinarbeiter ist es sehr wohl möglich, daß für die deutsche Steinindustrie, unter Mitwirkung des Reichswirtschaftsamtes, sich bestimmte Einheitsprofile festsetzen lassen, dadurch würde der Steinindustrie und auch unseren Kollegen, sehr gedient sein. Indem aber die Berufsverhältnisse in der Steinindustrie recht verschieden sind, halten wir eine Mitwirkung des Reichswirtschaftsamtes für dringend nötig, ja dasselbe müßte die Führung in dieser auch für die Steinarbeiter sehr wichtigen Frage, übernehmen. Zur Normalisierung steinindustrieller Produkte gestatten wir uns folgende Vorschläge zu machen:

1. Für den Straßenbau käme in Frage:

a) Es ist sehr wohl möglich, daß sich die Herren städtischen Bauräte darüber einigen können, daß die vielerlei Pflastersteinprofile verschwinden, und daß man sich auf erprobte Maßproportionen einigt. Wir übertreiben nicht, wenn wir schreiben, daß bei uns jedes Städtchen sein „besonderes" Pflastersteinprofil hat. Dadurch kann in den Steinbrüchen niemals mit Sicherheit auf „Vorrat" gearbeitet werden. Unsere Straßenbautechniker sind heute bezüglich der praktischen Erfahrung soweit, daß sie geeignete Profile in Vorschlag bringen können.

b) Bezüglich der Randsteinprofile, auch Bordsteine genannt, ist die Sache noch viel schlimmer, als wie mit den vielen Pflastersteinsorten. In dieser Hinsicht leisten sich manche Städte den Luxus, nach mehreren Profilen arbeiten zu lassen. Der kleinere Steinbruchbesitzer kann natürlich nicht warten bis Karlsruhe, Pforzheim, Mannheim, Liegnitz, Schweidnitz, Breslau, Spandau usw. Ausschreibungen veranlassen und danach seinen Betrieb einrichten. Nein, sein Betrieb wird eine Unbeständigkeit aufweisen, besonders in der Zahl der beschäftigten Brecher und Steinmetzen, weil er niemals weiß, ob er auf Aufträge rechnen kann. Weniger Randsteinprofile üben eine günstige Wirkung aus auf den Steinbruchsbetrieb selbst, die Arbeiter würden dadurch auch profitieren. Beim Brechen der Steine würde insbesondere viel Abfallmaterial gespart, wenn weniger Profile verlangt würden.

2. Für den Hochbau käme in Frage:

Im großen Umrissen eine Einigung darüber zu erzielen, daß Tür- und Fensterbekleidungen (für Bauten allgemeiner Art) einheitlichere Maße aufweisen sollen. Es ist heute unmöglich, Sohlbänke, Gewände, Stürze, Schwellen, Stufen usw. auf Vorrat herzustellen. Vor 15 Jahren noch konnte dies unbedenklich in Sandstein, sowie Granit, ausgeführt werden. Heute ist diese Vorratsarbeit zur glatten Unmöglichkeit geworden. Auch bezüglich der Sockelhöhen könnte unter den Herren Baubeflissenen sicherlich eine Einigung erzielt werden.

Die Steinarbeiter wissen sehr wohl, daß auf dem Gebiete des Bauwesens große Anstrengungen gemacht werden, das Billigbauen [illegible], daß dabei noch gut gebaut wird. Die Arbeiter [illegible] die Frage nicht so auf, daß etwa die Arbeitslöhne gekürzt [illegible] dürften, doch dieses Kapitel steht hier nicht zur Erörterung. [illegible] aber die Steinarbeiter wesentlich in ihrer wirtschaftlichen Stellung davon abhängen, wie in Deutschland das Baugewerbe [illegible], so findet sich der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands [illegible], alles zu tun, um die Steinindustrie praktisch [illegible]. Und wir erblicken darin eine Förderung derselben, [illegible] großen Einfluß ausüben [illegible] Vereinheitlichung steinindustrieller Produkte durch[illegible]. [illegible] so wird die Kunststein[illegible] noch mehr [illegible] in den ländlichen Gegen[illegible] Steinindustrie wird dadurch un[illegible].

[illegible] ist nun zu bezeichnen, um die von uns beantragte [illegible] zu [illegible]:

1. [illegible] Straßen- und Hochbautechniker in Staats- und [illegible] für diese Sache gewonnen werden.

2. Der Deutsche Steinindustrie-Verband, Berlin, [illegible] der [illegible]-Verband mit dem Sitze in [illegible] der Verband Deutscher Granit[illegible], [illegible] um Vorschläge zu ersuchen, denn [illegible] der Normalisierung sicherlich freundlich [illegible].

[illegible] als tüchtige Fachleute folgende Herren:

[illegible] in Essen, welcher [illegible] Jahre [illegible];

Herrn [illegible], Direktor der [illegible] Granit- und [illegible].

4. [illegible] die Leitung des Deutschen Städtetages im Sinne der [illegible] werden.

5. Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands ist zur weiteren Mitarbeit sehr gerne bereit, wenn durch das Reichswirtschaftsamt dieselbe gewünscht wird.

Wir haben uns gestattet, die vorliegenden Anregungen zu geben, weil nach dem Kriege sicherlich ein wirtschaftlicher Kampf zwischen dem Naturstein und den Surrogaten eintreten wird. Wird, soweit die Herstellung der vielerlei Pflastersteinsorten, der Randsteine, der Trottoirplatten, der Stufen, der Sockelsteine usw. eine Normalisierung nicht erzielt, dann wird dadurch die Verwendung der Surrogate begünstigt. Als Steinarbeiter haben wir ein großes Interesse daran, daß die Steinindustrie wieder in der Lage ist, ihre alte Stellung behaupten zu können.

Wir ersuchen um Bescheid darüber, ob auf die gemachten Vorschläge eingegangen werden kann und es zeichnet mit größter Hochachtung — Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands.

In den größeren Zahlstellen sind

Arbeitsvermittlungsstellen

eingeführt. Die aus dem Heeresdienst entlassenen Kollegen **haben sich dieser Neueinrichtung zu bedienen.** Arbeit ist nur dort zu nehmen, wo die ordnungsgemäßen Teuerungszulagen bezahlt werden. Firmen, die etwa **Lohnkürzungen beabsichtigen,** sind unverzüglich der Verbandsleitung bekanntzugeben.

Eingabe an die Behörden.

Der deutsche Steinindustrie-Verband hat an die Behörden, wegen der Vergebungen von Aufträgen nachstehende Eingabe gerichtet:

„An alle Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden.

Es werden in der allernächsten Zeit etwa 40 000 Steinarbeiter an ihre früheren Arbeitsstellen zurückkehren. Alle Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden werden deshalb dringend gebeten, für diese zurückkehrenden Krieger Arbeitsgelegenheit zu beschaffen, indem sie die zum Teil durch das Bauverbot während der Kriegszeit zurückgestellten oder eingestellten Bauten wieder aufnehmen, die erforderlichen Bestellungen sofort in Auftrag geben oder neue Arbeiten in Angriff nehmen. Es handelt sich bei der deutschen Steinindustrie zunächst um die drei Gruppen, die im Deutschen Steinindustrie-Verband vereinigt sind:

1. Werksteingruppe.
   (Häuserfassaden oder einzelne Architekturteile aus Sandstein, Muschelkalkstein usw., Werksteine aller Art wie Treppenstufen, tragende Pfeiler, Portale, Fensterumrahmungen, Kamine, Fußbodenbelege.)
2. Wegebaustoffgruppe.
   (Groß- und Klein-Pflastersteine, Schotter für Eisenbahnen und Chausseen, Bürgersteigplatten und Bordschwellen aus Granit.)
3. Marmorgruppe.
   (Für den Innen-Ausbau, die Herstellung von elektrischen Schalttafeln, Waschtischaufsätzen, Vestibülen und Treppen aus Marmor.)

Wir bitten ergebenst um Mitteilung, ob dortselbst bereits die sofortige Vergebung von Aufträgen der oben gekennzeichneten Art beschlossen ist. In diesem Falle möchten wir anregen, die gelieferten Waren oder ausgeführten Arbeiten auch sofort zu bezahlen, da die deutsche Steinindustrie durch die lange Dauer des Krieges schwer gelitten hat, keine Kriegsgewinne erzielen konnte und deshalb nicht in der Lage ist, längere Zeit hindurch Millionen an Arbeitslöhnen vorzustrecken.

Deutscher Steinindustrie-Verband,
Hauptgeschäftsstelle, gez. Dr. Schuffelhauer."

Hoffentlich hat die Eingabe einen dementsprechenden Erfolg, besonders in der Werksteinindustrie mangelt es sehr an Aufträgen. Auch unser Verband hat sich in diesem Sinne schon an verschiedene Behörden gewandt.

Korrespondenzen.

Kirchenlamitz. Die am Sonntag, dem 1. Dezember, abgehaltene Versammlung war ziemlich gut besucht. Kollege Popp-Schwarzenbach berichtet über die letzte Teuerungszulage und über den Achtstundentag und seine Wirkungen. Aus seinem Bericht ging hervor, daß die Unternehmer des Fichtelgebirgs den Lohnausfall für die zwei Stunden nicht zahlen wollen und warnte in gegenwärtiger Zeit zur Anwendung von Gewaltmitteln. Davon waren die Kollegen sehr wenig erbaut und wurde gegen Popp der Vorwurf erhoben, daß er die Interessen der Mitglieder nicht mit dem notwendigen Nachdruck vertritt. Die Kollegen halten an der noch fälligen Teuerungszulage fest und verlangen für den Achtstundentag 25 Prozent Entschädigung und geben Popp Auftrag, bezüglich dieser Forderungen sich eines energischen Auftretens zu befleißigen. Dann erstatete Kollege Gnichtel-Niederlamitz Bericht über den Verbandstag, der ruhig hingenommen wurde. Auch gegen die Beitragserhöhung, die durch Popp um einiges noch ergänzt wurde, fand ein Widerspruch nicht statt. Ein Zeichen, daß auch die Kirchenlamitzer Kollegen die Interessen des Verbandes zu wahren verstehen. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden Haumann, treu zum Verband zu halten, und die heimgekehrten Feldgrauen ermahnend, zwecks Wahrung ihrer Rechte sich rechtzeitig anzumelden, schloß er die imposante Versammlung.

Schwarzenbach a. S. Am Mittwoch, dem 27. November, fand hier über das Angebot der Unternehmer des Fichtelgebirgs für den Verdienstausfall bezüglich des Achtstundentags eine Versammlung statt. Geboten wurden 20 Prozent. 10 Prozent werden gleich und weitere 10 Prozent ab 1. April 1919 bezahlt. Die Begründungen der Herren Unternehmer, durch Kollegen Popp vorgetragen, vorläufig nicht mehr zahlen zu können, wurde von der Versammlung sehr verdrossen aufgenommen und nicht für stichhaltig erklärt. Auch die Arbeiter haben ihre Begründungen für ihre Forderungen und verlangen, daß sie gewürdigt werden. Im Fichtelgebirge werden nicht nur die niedrigsten Löhne, sondern auch die wenigsten Teuerungszulagen bezahlt. Solle tatsächlich ihr Verband mehr als eine Schutzwehr gegen höhere Löhne sein, so müssen endlich selbst die Herren Unternehmer dafür sorgen, daß im Fichtelgebirg zeitgemäße Löhne eingeführt werden. Es wurde beantragt: Die Streitfrage wegen des Lohnausfalles ist eine Reichsfrage und ist als solche von beiden Zentralverbänden zu regeln. Für die Verdienstminderung der ausfallenden 2 Stunden Arbeitszeit wird auf 25 Prozent beharrt und die noch fällige Teuerungszulage ist weiter zu gewähren. Nachdem Kollege Popp die Beitragserhöhung erläuterte und als dringende Notwendigkeit bezeichnete und anerkannt wurde, fand die sehr regbare Versammlung ihren Verlauf.

Rundschau.

Der Wiedereintritt der entlassenen Kriegsteilnehmer in die Krankenkasse. Durch die Gesetzgebung und Rechtsprechung ist die Krankenversicherung im weitgehenden Maße den Bedürfnissen der Kriegsteilnehmer angepaßt worden. So hatten sie das Recht, nach der Einberufung zum Heeresdienst freiwillige Mitglieder ihrer Krankenkasse zu bleiben und gleichzeitig bei Krankheit, Verwundung usw. die Karenzleistungen wie z. B. Krankengeld zu beziehen. Leider ist von diesen Möglichkeiten nur geringer Gebrauch gemacht worden. Für die gegenwärtige Demobilmachung bedeutungsvoll ist die Bundesratsverordnung vom 23. Januar 1915. Nach dieser können alle aus dem Heeresdienst Entlassenen, die wegen des Eintritts in den Kriegsdienst ihre Kassenmitgliedschaft haben erlöschen lassen, binnen sechs Wochen nach der Rückkehr in die Heimat wieder in die Krankenkasse eintreten, auch wenn sie eine versicherungspflichtige Beschäftigung nicht aufnehmen. Solchenfalls sind sie als freiwillige Mitglieder zu behandeln. Die Krankenkassen sind nicht berechtigt, diesen Wiedereintritt in die Kasse von einer ärztlichen Untersuchung abhängig zu machen. Somit ist der Beitritt auch Kranken und selbst erwerbsunfähigen Entlassenen gestattet. Sie haben sogar Anspruch auf die vollen Kassenleistungen für derartige Unterstützungsfälle, die bei dem Wiedereintritt bereits vorhanden waren — so bestimmt die Bundesratsverordnung vom 16. November 1916.

Der freiwillige Beitritt binnen sechs Wochen nach der Rückkehr in die Heimat steht auch solchen Kriegsteilnehmern offen, die schon vor Friedensschluß wegen Verwundung oder Erkrankung als dienstuntauglich oder aus sonstigen Gründen entlassen werden. Rückkehr in die Heimat liegt endlich auch vor bei einer längeren Beurlaubung. Gibt auch nicht jeder kurze Urlaub das Recht zum Wiedereintritt in die Kasse, so doch ein längerer Urlaub, wenn der Beurlaubte sein bürgerliches Leben für längere Zeit wieder aufnehmen kann. Auch die Soldaten, die zur Arbeit beurlaubt werden, ohne deshalb aus dem Militärverhältnis auszuscheiden und die, weil sie Heeresangehörige bleiben, nicht krankenversicherungspflichtig sind, haben das Recht als freiwillige Mitglieder der Kasse beizutreten.

Briefkasten.

Gefrees. Ist bereits erledigt. — **Betrifft Anfragen wegen des 8-Stunden-Tages.** Darüber gibt der Artikel in dieser Nummer Auskunft. Aber die Kollegen müssen auch selbst den Versuch machen, bei der Regelung dieser Frage mitzuwirken.

An unsere Mitglieder!

Laut Beschluß des Leipziger Verbandstages tritt vom 1. Januar 1919 an eine neue Regelung der Verbandsbeiträge ein.

Es beträgt die Beitragsleistung

in 1. Klasse	100 Pf.	bei einem Wochenverdienst von	über	35 M.
„ 2. „	80 „	„ „ „ „	„	25 „
„ 3. „	60 „	„ „ „ „	„	15 „
„ 4. „	30 „	„ „ „ „	unter	15 „

Da zum Quartalsschluß mit der Abrechnung **die alten Beitragsmarken einzusenden sind,** ist es notwendig, daß jeder Kollege mit seinen Beiträgen auf dem laufenden ist.

Nach der Abrechnung **sind rückständige Wochen mit neuen Beitragsmarken zu kleben.**

Das neue Markenmaterial wird den Zahlstellen erst dann zugesandt, wenn die Abrechnung für das 4. Quartal erfolgt und das alte Material eingesandt ist.

Für die **Kriegsteilnehmer** tritt folgender Beschluß des Verbandstages in Kraft:

Mitglieder, die aus dem Militärdienst entlassen werden (soweit es sich um Kriegsteilnehmer handelt), und die sich **innerhalb 14 Tagen nach ihrer Entlassung bei ihrer Ortsverwaltung anmelden,** sind nach ihren bisher geleisteten Beiträgen unterstützungsberechtigt.

Die Anmeldung ist im Mitgliedsbuch einzutragen.

Einzelzahler melden sich bei der Zentralleitung an.

Für die sich später Meldenden bleibt § 5 Absatz 8 des Statuts bestehen.

In den Zahlstellen sind sofort Versammlungen einzuberufen. Die Feldgrauen sind auf das herzlichste zu begrüßen. Die dem Verbande noch Fernstehenden sind der Organisation zuzuführen.

Anzeigen

Einige solide Steinmetzen, welche in profilierten, gotischen Arbeiten in Muschelkalk und hartem Sandstein Tüchtiges leisten, können andauernde und gut bezahlte Beschäftigung finden.
Münsterbauhütte St. Nikolaus in Ueberlingen a. See.

4—5 Steinmetzen auf Sandstein, Granit und Marmor, sowie einen in allen Gesteinsarten **geübten Schrifthauer,** der möglichst auch Schrift zeichnen kann, stellen für dauernde Beschäftig. sof. ein **Hellmann & à Brassard, Osnabrück.**

Wir suchen zum sofortigen Eintritt heeresentlassene
Marmor-Steinmetzen für Plattenarbeit
und **Marmor-Polierer.**
Ausführl. Angebote sind zu richten an **Sächsische Serpentinstein-Gesellschaft zu Zöblitz,** G. m. b. H. in **Zöblitz** i. Erzgeb.

Suchen mehrere tüchtige
Marmor- und Granitschleifer.
Marmor- und Granitwerk G. m. b. H., Wagner & Lorenz, Saarbrücken 2.

Suche für sofort
Pflastersteinhauer und Steinmetzen
Markersdorfer Granitbrüche b. Burgstädt.

Im Felde gefallen

sind nachstehende Kollegen:

Ludwig Berger, 32 Jhr. alt, aus d. Zahlst. **München.**
August Lehner, 34 J. alt, a. d. Zahlst. **Emmendingen.**
Paul Petzold, 34 Jahre alt, aus d. Zahlstelle **Wurzen.**
Adam Weller, 36 Jahre alt, aus d. Zahlstelle **Berlin.**
Gustav Klemm, 31 J. alt, a. d. Zahlst. **Häslicht** (Schl.)
Paul Grüttner, 42 J. alt, a. d. Zahlst. **Häslicht** (Schl.)
Robert Kruschke, 26 Jhr. alt, a. d. Zahlst. **Striegau.**
Arno Gerold, 28 Jhr. alt, aus der Zahlstelle **Einbeck.**

Ehre ihrem Andenken!

(Wir ersuchen die Vertrauensleute, daß auch bei der Meldung über die im Felde Gefallenen das Todesanzeigungsformular ausgefüllt wird.)

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In **Ströbel** am 31. Oktober der Granitsteinmetz **Franz Gruhn,** 60 Jahre alt, an Lungenentzündung und Grippe.

In **Heidingsfeld** am 9. Nov. der Muschelkalksteinmetz **Adam Borst,** 58 Jahre alt, an Lungentuberkulose.

In **Kelbra** am 10. November der Sandsteinmetz **Karl Bornkessel,** 61 Jahre alt, an Lungenkrankheit.

In **Bremen** am 18. November der Sandsteinmetz **Emil Kochhenke,** 39 Jahre alt, an Tuberkulose.

In **Pilgramsreuth** am 18. November der Granitsteinmetz **Johann Rank,** 42 Jahre alt, an Tuberkulose.

In **Riesa** am 19. November der Sandsteinmetz **Max Hartig,** 41 Jahre alt, an Grippe.

In **Neusorg** am 23. November der Granitsteinmetz **Josef König,** 46 Jahre alt, an Nierenwassersucht.

In **Löwenberg** (Schl.) am 26. Nov. der Sandsteinmetz **Alois Blaschek,** 35 Jahre alt, an Tuberkulose.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Alois Staudinger, Verlag von Paul Starke, beide in Leipzig.
Rotationsdruck der „Freien Presse" Leipzig, Königstraße 1.